

# Verkehrsentwicklungsplan im April im Rat: SPD fordert klare Prioritätensetzung

Kiel – Wenn die Verkehrsentwicklungsplanung (VEP) im Rat am 17. April verabschiedet wird, muss eine „klare Prioritätensetzung“ zu erkennen sein. Dies fordern die SPD-Ratsherren Achim Heinrichs und Cai-Uwe Lindner, nachdem der Bauausschuss, wie berichtet, den VEP mit schwarz-grüner Mehrheit bei Enthaltung der SPD auf den Weg gebracht hatte. In einem Änderungsantrag macht die SPD klar, welche Projekte für sie die vordringlichsten sind: Von der Verwaltung fordert sie, bis zum 31. Dezember 2009 die Finanzierung der StadtRegionalBahn

bei gleichzeitigem Erhalt der Kieler Verkehrsgesellschaft abzusichern. Anderenfalls, heißt es, muss das Projekt beendet werden. Ganz oben auf der Liste stehen die Südspange in Gaarden und die Ostuferentlastungsstraße. Der Bereich der mittleren Innenstadt zwischen Berliner Platz und Ziegelteich/Stresemannplatz soll überplant werden. Darüber hinaus dringt die SPD auf einen Vergleich der Folgen und Kosten zwischen den potenziellen Autobahnanschlüssen A 215 (Uhlenkrog und Russeer Weg), um bis April 2009 einen endgültigen Beschluss fassen zu

können. Dabei lehnt die Fraktion die Sperrung des Bahnübergangs in der Saarbrückenstraße ab. Alle Anträge der Ortsbeiräte und weitere Stellungnahmen sollen dem VEP beigelegt werden. Die Ablehnung aller Ortsbeiratsanträge durch CDU und Grüne im Bauausschuss bezeichnet die FDP als Schlag ins Gesicht. Offenbar opfere Schwarz-Grün die Einwände der Ortsbeiräte auf dem Altar des Zeitplans. CDU und Grüne hatten die Ablehnung mit der Furcht vor weiteren Verzögerungen begründet und angekündigt, einige der Ortsbeiratsanträge zu übernehmen. mad